



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Hauptausschuss

Herr Schneider

Telefon: (0221) 221 27549

E-Mail: Martin.Schneider@stadt-koeln.de

Datum: 05.02.2024

Niederschrift

über die **22. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.01.2024, 16:31 Uhr bis 18:08 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Denise Abé	GRÜNE	Vertreterin von Herrn Hammer
Herr Christian Achtelik	Volt	Vertreter von Frau Glashagen
Frau Stefanie Ruffen	FDP	Vertreterin von Herrn Sterck

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Inga Feuser	KLIMA FREUNDE & GUT
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Beigeordneter Andree Haack
Frau Alessandra Caroli
Herr Alexander Vogel

Frau Petra Engel
Herr Jörg Dicken
Herr Hans Stommel

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Lino Hammer	GRÜNE	vertreten durch Frau Abé
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Frau Ruffen
Frau Jennifer Glashagen	Volt	vertreten durch Herrn Achtelik

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 22. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

- I. Frau Oberbürgermeisterin Reker nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zugesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

- 2.1.2 Bericht über die verwaltungsgerichtlichen Verfahren betreffend die Benennung einer Teilfläche des Platzes vor dem Schauspielhaus 3165/2023
- 3.1 Vergütung Kindertagespflege AN/0027/2024
- 5.1 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3201/2023
- 5.2 Mehrbedarf im Rahmen der Umsetzung UEFA EURO 2024 4142/2023
- 5.3 Nutzung der sog. "Uni-Wiese" im Landschaftsschutzgebiet „Innerer Gürtel" während des Straßenkarnevals 2024
Hier: Entscheidung über den Widerspruch des Naturschutzbeirates zur beantragten Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1. BNatSchG 0193/2024

Nichtöffentlicher Teil

- 11.1 Liegenschaftsangelegenheit 4149/2023
- 11.2 Liegenschaftsangelegenheit 4150/2023

II. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt der nachfolgenden Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Köln Nachhaltigkeit: Information zum Voluntary Local review 2023 3630/2023

2.1.2 Bericht über die verwaltungsgerichtlichen Verfahren betreffend die Benennung einer Teilfläche des Platzes vor dem Schauspielhaus 3165/2023

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

3.1 Vergütung Kindertagespflege AN/0027/2024

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

5.1 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3201/2023

5.2 Mehrbedarf im Rahmen der Umsetzung UEFA EURO 2024 4142/2023

5.3 Nutzung der sog. "Uni-Wiese" im Landschaftsschutzgebiet „Innerer Gürtel“ während des Straßenkarnevals 2024 Hier: Entscheidung über den Widerspruch des Naturschutzbeirates zur beantragten Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1. BNatSchG 0193/2024

6 Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 11 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)**
- 11.1 Liegenschaftsangelegenheit
4149/2023
- 11.2 Liegenschaftsangelegenheit
4150/2023
- 12 Personalangelegenheiten**
- 12.1 Personalangelegenheit
4111/2023
- 13 Allgemeine Vorlagen**
- 14 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Köln Nachhaltigkeit: Information zum Voluntary Local review 2023 3630/2023

Herr Petelkau bittet, die Vorlage ebenfalls im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zu behandeln.

Frau Kessing regt an, die Beratungsfolge auf alle Fachausschüsse zu erweitern.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt dies zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.2 Bericht über die verwaltungsgerichtlichen Verfahren betreffend die Benennung einer Teilfläche des Platzes vor dem Schauspielhaus 3165/2023

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

3.1 Vergütung Kindertagespflege AN/0027/2024

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

5.1 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3201/2023

Auf Nachfrage von Herrn Cremer erläutert Herr Beigeordneter Rau, die Priorität liege auf der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten. Eine ausgeglichene Verteilung werde angestrebt.

Frau Martin regt an, die Vorlage auch in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis zu geben. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt dies zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beschließt, die präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes in den Stadtbezirken Porz, Kalk und Mülheim, befristet für ein weiteres Jahr bis Ende 2024, im Umfang von 4,5 Stellen Sozialarbeit fortzuführen.

Der Hauptausschuss der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, im Rahmen einer Ziel- und Leistungsvereinbarung, den SKM Köln – Sozialdienst Katholischer Männer e.V. für Porz, den Internationalen Bund – IB West gGmbH für Mülheim und die Diakonie Michaelshoven e. V. für Kalk, weiterhin mit der Umsetzung zu beauftragen.

Im Haushaltsjahr 2024 werden die benötigten Mittel in Höhe von 445.500,00 € (gerundet) innerhalb des Budgets des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Mehrbedarf im Rahmen der Umsetzung UEFA EURO 2024 4142/2023

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen zu den Mehrbedarfen und deren Deckung dar.

Auf Nachfrage von Frau Kessing zu den Auswirkungen der Deckung der Mehrbedarfe für die Umsetzung der UEFA EURO 2024 auf die Mittel für den Betrieb der Einrichtungen der Jugendzentren Köln gGmbH weist Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert auf die schwierige Haushaltlage hin. Einsparungen an anderer Stelle des Budgets des Dezernates IV könnten nicht ausgeschlossen werden. Die Verwaltung habe daher Entscheidungsalternativen der Deckungsmöglichkeiten vorbereitet. Dazu zähle auch eine vorrangige Deckung aus dem Sportbereich durch Rücknahme der im Aufstellungsverfahren vorgenommenen Umschichtungen. Überplanmäßige Bedarfe könnten grundsätzlich auch aus Budgets anderer Bereiche gedeckt werden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger betont, die vorgeschlagenen Einsparungen seien nicht gleichbedeutend mit Schließungen von Einrichtungen. Man werde jedoch bei dem Ausgleich möglicher Defizite der Jugendzentren nicht auf das durch die Deckung der Mehrbedarfe der UEFA EURO 2024 belegte Budget zurückgreifen können.

Auf die Frage von Frau Ruffen nach dem Grund für die Deckung des Mehrbedarfs durch Dezernat IV erläutert Herr Beigeordneter Voigtsberger, dies ergebe sich aus der federführenden Zuständigkeit des Dezernates IV bei der UEFA EURO 2024.

Auf Nachfrage von Frau Ruffen über die Fokussierung bei der Deckung der Mehrbedarfe auf Dezernat IV weist Frau Oberbürgermeisterin Reker auf den positiven Einfluss solcher Sportereignisse auf den Mitgliederzuwachs von Sportvereinen hin. Zudem profitiere auch Dezernat IV von den erwarteten Mehreinnahmen.

Frau Feuser fragt, wie die erwarteten Mehreinnahmen die weiteren Mehrbedarfe des Dezernates decken könnten.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert führt an, eine genaue Prognose der städtischen Mehreinnahmen sei nicht möglich. Steuermehrerträge würden auf den städtischen Gesamthaushalt einzahlen, aus dem sich das Budget des Dezernates IV ergebe.

Frau Feuser erkundigt sich nach den Gründen für die Mehrbedarfe.

Herr Beigeordneter Voigtsberger antwortet, insbesondere der Sicherheitsbereich sei von Kostensteigerungen betroffen.

Herr Zimmermann fragt, weshalb in den Planungen die Kostensteigerungen nicht schon berücksichtigt worden seien.

Herr Stommel führt dazu aus, man habe im Jahr 2021 mit den konkreten Planungen begonnen. Zu diesem Zeitpunkt seien die Entwicklungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche zu den Kostensteigerungen geführt hätten, nicht absehbar gewesen. Durch die fortschreitende Konkretisierung der Planungen hätten sich zudem Mehrbedarfe ergeben, deren Berücksichtigung zum Zeitpunkt der Kalkulation im Jahr 2021 nicht möglich gewesen sei.

Herr Petelkau erkundigt sich nach den Kostensteigerungen durch die Fan Zonen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erläutert, die Kostensteigerungen seien durch die Konkretisierung der Planungen, insbesondere auch durch Veranstaltungsflächen an unterschiedlichen Orten begründet.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer nach den außerplanmäßigen Erträgen gibt Herr Beigeordneter Voigtsberger an, man rechne mit Erträgen von 600.000 Euro.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bestätigt auf Nachfrage von Herrn Joisten eine nachträgliche Evaluation der Ausrichtung der UEFA EURO 2024 und ihrer wirtschaftlichen Effekte.

Herr Hock beantragt, die Vorlage in den Finanzausschuss, den Sportausschuss und in den Rat zu verweisen.

I. Abstimmung über den mündlichen Verweisungsantrag von RM Hock

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Finanzausschuss, den Sportausschuss sowie in den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über Ziffer 2 mit der 1. Alternative bezüglich der Deckungsmöglichkeit:

Beschluss:

2. Der Hauptausschuss beschließt die (überplanmäßigen) Aufwendungen im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von max. 2,8 Mio. Euro im Teilergebnisplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten in der Teilplanzeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Deckung erfolgt
 - a) in Höhe von 2,8 Mio. Euro durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, (1. Alternative).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

III. Abstimmung über die Beschlussvorlage mit der 1. Deckungsalternative:

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss der Stadt Köln erkennt einen finanziellen Mehrbedarf in Höhe von 5,8 Mio. € zur Durchführung der UEFA Euro 2024 im Haushaltsjahr 2024 an.
2. Der Hauptausschuss beschließt die (überplanmäßigen) Aufwendungen im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von max. 2,8 Mio. Euro im Teilergebnisplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten in der Teilplanzeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Deckung erfolgt
 - a) in Höhe von 2,8 Mio. Euro durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, (1. Alternative).
3. Weiterhin beschließt der Hauptausschuss die anderweitige Verwendung von Transferaufwendungen in Höhe von insgesamt 531.000 € im Haushaltsjahr 2023 innerhalb des Teilergebnisplans des Sportamtes in der Produktgruppe 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, von Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen zur Finanzierung der EURO 2024. Die Höhe der Mittel setzt sich aus der „Z konsumtiven Baubeihilfe an Sportvereine; Diverse Empfänger“ (219.000 €) sowie aus der „Sportstättenunterhaltungsbeihilfe an Sportvereine; Diverse Empfänger“ (312.000 €) zusammen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

5.3 Nutzung der sog. "Uni-Wiese" im Landschaftsschutzgebiet „Innerer Gürtel" während des Straßenkarnevals 2024

Hier: Entscheidung über den Widerspruch des Naturschutzbeirates zur beantragten Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1. BNatSchG 0193/2024

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen zur Nutzung der sogenannten „Uni-Wiese“ als Ausweichfläche während des Straßenkarnevals 2024 dar.

Herr Cremer fragt nach den Auswirkungen des Sessionsauftaktes am 11.11.2023 auf den Inneren Grüngürtel.

Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

I. Punktweise Abstimmung über die Vorlage

Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussvorschlags

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss entscheidet gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW (Eilentscheidung) in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Satz 1 Zuständigkeitsordnung (Rückholrecht des Rates).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Abstimmung über Ziffer 2 und 3 des Beschlussvorschlags

Beschluss:

2. Der Hauptausschuss nimmt den Widerspruch des Naturschutzbeirates gegen die Befreiung von den Verboten des Landschaftsplans für die Nutzung der Uni-Wiesen zwischen Luxemburger Straße und Bachemer Straße zur Kenntnis. Er hält jedoch die Nutzung der Uniwiesen als Ausweichfläche für die Feiernden aus dem sogenannten „Kwartier Latäng“ zum Straßenkarneval 2024 im Zeitraum vom 08.02.2024 (Weiberfastnacht) bis 12.02.2024 (Rosenmontag) aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses für erforderlich.
3. Der Hauptausschuss stellt fest, dass die Stadt Köln als untere Naturschutzbehörde die Befreiung zu erteilen hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die FRAKTION zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss entscheidet gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW (Eilentscheidung) in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Satz 1 Zuständigkeitsordnung (Rückholrecht des Rates).

2. Der Hauptausschuss nimmt den Widerspruch des Naturschutzbeirates gegen die Befreiung von den Verboten des Landschaftsplans für die Nutzung der Uni-Wiesen zwischen Luxemburger Straße und Bachemer Straße zur Kenntnis. Er hält jedoch die Nutzung der Uniwiesen als Ausweichfläche für die Feiernden aus dem sogenannten „Kwartier Latäng“ zum Straßenkarneval 2024 im Zeitraum vom 08.02.2024 (Weiberfastnacht) bis 12.02.2024 (Rosenmontag) aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses für erforderlich.
3. Der Hauptausschuss stellt fest, dass die Stadt Köln als untere Naturschutzbehörde die Befreiung zu erteilen hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf punktweise Abstimmung von RM Richter.

6 Allgemeine Vorlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Sachstand Bühne Weiberfastnacht 2024 am Hohenstaufenring

Herr Richter fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der geplanten Veranstaltung am Hohenstaufenring.

Herr Vogel berichtet über die laufenden Abstimmungen insbesondere zum Sicherheitskonzept. Das Ordnungsamt habe noch einmal alle Akteure angeschrieben. Die Möglichkeit zur Rückmeldung bestehe bis zum 16.01.2024. Das Ordnungsamt habe Gespräche mit der Wirtegemeinschaft geführt. Die Hauptgesprächsstränge seien zwischen Veranstalter und Wirtgemeinschaft verlaufen. Zudem stünden die Sitzungen der Bezirksvertretung Innenstadt und der Runde Tisch Karneval an. Das Sicherheitskonzept werde für die nächste Woche erwartet. Dann folge die Sondernutzungserlaubnis und die Anordnung des Sicherheitskonzeptes.

Herr Joisten erkundigt sich nach der Kommunikation mit den Arbeitsgruppen Runder Tisch Karneval im Vorfeld der Dringlichkeitsentscheidung im Dezember.

Frau Oberbürgermeisterin Reker berichtet über die Suche nach einem Veranstalter. Durch die Dringlichkeitsentscheidung sei die Bereitstellung von Mitteln bewilligt und keine Entscheidung über ein Veranstaltungskonzept getroffen worden.

Auf Rückfrage von Herrn Joisten bestätigt Frau Oberbürgermeisterin Reker, es habe keine weiteren Vorschläge mit durchführbaren Konzepten ohne die Stadt als Veranstalterin gegeben.

Herr Vogel merkt an, die Arbeitsgruppen des Runden Tisches Karneval seien mit der letzten Sitzung des Runden Tisches aufgelöst worden.

Herr Joisten bittet im Anschluss an die aktuelle Karnevalssession um ein Fachgespräch mit den stimmberechtigten Fraktionen des Hauptausschusses.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt die Durchführung des Fachgesprächs zu.

7.2 Strukturförderfonds

Herr Kockerbeck erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung der durch den Rat am 07.12.2023 beschlossenen Ausweitung des Strukturförderfonds hinsichtlich der Prüfung der Unterstützungsmöglichkeiten der Träger von Kindertagesstätten und offenen Ganztagschulen und fragt nach einem Zeitplan.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert berichtet, die Aufteilung der aufgestockten Finanzmittel sei erfolgt. Für die kommende Sitzung des Finanzausschusses am 05.02.2024 kündigt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert hierzu eine Mitteilung an. Herr Beigeordneter Dr. Rau informiert, eine Vorlage zu den pflichtigen Leistungen sei für den zweiten Sitzungslauf in Vorbereitung.

7.3 Sachstand Autonomes Zentrum

Herr Cremer fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Autonomem Zentrum und ob es eine Verlängerung der Nutzungsvereinbarung für den aktuellen Standort gebe. Herr Beigeordneter Wolfgramm berichtet, eine Vorlage hierzu werde aktuell erstellt (Mitteilung 0150/2024). Im Rahmen der Vorlage werden die Nachfragen beantwortet.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Martin Schneider
Schriftführer